

— Hören Sie, meine Herren, die gemäßigte Partei sagt das —
»... nicht die Ermordung, sondern die Hinrichtung Alexanders II.
Der Tod des russischen Tyrannen ist für uns zugleich Strafgericht
und warnendes Exempel. Strafgericht? Ja wohl. Alexander II.,
von seinen Schmeichlern der »Befreier« genannt, in Wahrheit aber
der »Unterdrücker«, ist längst zum Tode verurtheilt worden. Mag
die gesammte europäische Reaktion heuchlerisch darüber zeteren, noch
nie war ein Todesurtheil so gerechtfertigt als dieses.«

Meine Herren, das ist die Meinung der gemäßigten sozialdemo-
kratischen deutschen Partei über Altentate.

Eine der charakteristischen Eigenschaften dieser Partei ist, daß sie
sich immer den Unschein gibt, daß sie sich so um die alleräußersten
Konsequenzen ihrer Prinzipien, — was den gewaltsamen Umsturz
betrifft, — herumwindet und immer sagt: ja, wir sind an sich keine
Anhänger des Umsturzes, nur wenn es nöthig wird, wenn die
alte verfaulte Gesellschaft nicht das thut, was wir von ihr
verlangen, dann natürlich wird gewaltsamer Umsturz nothwendig.
Dies ist ein System, welches aufgestellt worden ist, um den unan-
genehmen Eindruck der Most'schen, noch extremen Extravaganzen
doch etwas abzuschwächen, und deshalb ist eine ganze Serie von
Artikeln vorhanden, die dieses Thema durchführen. Ich habe nur
ein paar ganz kleine Sätze zu verlesen, die charakteristisch dafür sind.
Der Artikel in Nr. 8 des »Sozialdemokrat« vom 20. Februar dieses
Jahres: »Verschwörung oder Revolution« beginnt:

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei hat es stets betont, daß sie
eine revolutionäre Partei sei, in dem Sinne, daß sie die Unmöglichkeit
erkennt, die soziale Frage auf dem Boden der bestehenden Gesellschaft
zu lösen und daß sie daher nur durch eine gesellschaftliche Umwälzung
zum Ziel gelangen kann. Wir wünschen noch heute, es wäre
möglich, auf friedlichem Wege die gesellschaftliche Revolution zu
vollführen, und nur ein Narr kann uns das zum Vorwurf machen.
Aber wenn wir auch heute noch diesen Wunsch hegen, so betonen wir
ihn nicht mehr, denn jeder von uns weiß, daß er eine Utopie (ein
Wahn) ist. Die Einsichtigen unter unseren Parteigenossen
haben nie an die Möglichkeit einer friedlichen Revolution
geglaubt, sie hatten aus der Geschichte gelernt, daß die Gewalt
die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft ist, die mit einer neuen
schwanger geht.

Heute wissen wir Alle, daß nur durch einen gewalt-
samen Umsturz der sozialistische Volksstaat erreicht werden kann,
und daß es unsere Pflicht ist, diese Erkenntnis in immer weiterem
Kreise der Bevölkerung zu verbreiten.«

Ich übergehe das Andere. Daß sich die Partei, welche ich eben
gekennzeichnet habe, heute nicht mehr auf ihren Patriotismus berufen
darf, das, meine Herren, bin ich auch überzeugt, Ihnen hier vor
Augen stellen zu können. »Der Sozialdemokrat« hat wiederholt von
der Nothwendigkeit fernerer Kriege gesprochen, nicht etwa in dem
Sinne, daß das Vaterland geschützt werden soll, nein, sondern um
dem bewaffneten Proletariat dabei Gelegenheit zu geben, seine Ge-
schäfte zu machen. Ich werde das aus drei ganz kurzen Artikeln be-
weisen. Aus Nr. 6 des »Sozialdemokraten« vom 6. Februar d. J.:

Wir denken, daß, falls es wirklich zum Kriege kommt, nach Osten
oder Westen oder nach beiden Seiten hin, ein noch ganz anderer
und furchtbarer Gegner zu bekämpfen sein wird, als der Feind
von Ost und West: das Proletariat. Das wird dann
allerdings ein Kampf auf Tod und Leben werden.

Aus Nr. 8 des »Sozialdemokraten« vom 20. Februar d. J.:

Ueber kurz oder lang muß Hungersnoth, Epidemie oder Krieg durch
Europa seine zerstörenden Tritte lenken, und dann wird das Weh-
geschrei der Armen, das bisher ungehört verhallte, in den Schrei
der Rache sich verwandeln, der die Großen und Mächtigen erbleichen
macht. Dann schlägt die Stunde des Gerichts, die Stunde der
Erlösung.

Um endlich, meine Herren, zum Schlusse auf das Verhältnis
der Partei zu den religiösen Wahrheiten unserer Zeit zu kommen:
Hier ist aus Nr. 21 des »Sozialdemokrat« vom 25. Mai vorigen Jahres
ein Artikel, der überschrieben ist: »Sozialdemokratie und Christenthum«,
der folgendermaßen lautet:

»Es ist einmal nicht anders, und darum muß es offen aus-
gesprochen werden: das Christenthum ist der ärgste Feind der
Sozialdemokratie Wie eine so blödsinnige Religion,
wie das Christenthum ist, überhaupt nur bei der gänzlichen Ver-
kommenheit der Menschheit vor 2000 Jahren Wurzel schlagen und
sich ausbreiten konnte, so hat es seither auch immer mehr dahin
gestrebt, Noth und Elend nicht etwa aus der Welt zu schaffen,
sondern dieselben für seine Zwecke und zum Deckmantel für seine
sonstigen Sünden und Verbrechen auszunutzen

Wenn Gott aus den Gehirnen der Menschen vertrieben ist,
so fällt auch das Gottesgnadenthum, und wenn der Himmel im
Jenseits als eine große Lüge erkannt ist, so suchen die Menschen

sich den Himmel diesseits aufzurichten. Wer also das Christenthum
bekämpft, bekämpft dadurch zugleich Monarchie und Kapitalismus.«

Meine Herren, hiermit will ich die Citate beschließen; ich habe
sie für nöthig gehalten, um dem Hohen Hause den Beweis zu führen,
daß beide, zwar getrennt marschirenden, aber vereint schlagenden
Fraktionen der deutschen Sozialdemokratie unter keinen Gesichtspunkt
irgend einer der andern bisher in Deutschland aufgetretenen anerkannten
Parteien fallen, und daß deshalb auch alle die Parallelen, die der
Herr Abgeordnete Muer versucht hat, absolut unhaltbar sind.

Meine Herren! Wenn nun solche Grundsätze über Staat,
über Religion, über Monarchie, über Eigenthum, wie Sie
sie eben hier gehört haben, durch Organe dieser Partei mit
einer wahrhaft infernalischen Kunst über die Grenze zu Lau-
fenden von Exemplaren geschmuggelt werden, wenn es
notorisch ist, daß in den großen Centren der Bevölkerung
und des Verkehrs die Wirkungen dieser Agitation natür-
lich am gefährlichsten und verheerendsten sind, — wenn es
notorisch ist, daß eine ganze Reihe von Agitatoren sich
fast ausschließlich, nachdem die öffentliche Thätigkeit in-
hibirt ist, damit beschäftigen, die Grundsätze und die
Parteiblätter, in welchen diese Grundsätze erörtert und
verteidigt werden, in die Massen der Bevölkerung zu
tragen, können Sie es den verbündeten Regierungen ver-
argen oder würden Sie es nicht von deren Seite für eine
Pflichtverletzung halten, wenn nicht jedes Mittel er-
griffen würde, um an den großen Centren des Verkehrs
und der Bevölkerung diesem wüsten Treiben entgegen zu
treten.

Nun, meine Herren, es ist ja bei allen diesen langen Erörterun-
gen leider der sehr unliebsame Schluß, daß die Wirksamkeit des Ge-
setzes vom 21. Oktober 1878 sich bisher keineswegs als eine aus-
reichende bewiesen habe. Aber damit beweisen zu wollen, daß es
nicht nöthig gewesen wäre, daß es nicht nützlich gewirkt hätte,
das ist ein vollkommen irriger Gesichtspunkt. Wichtig ist es: es ist
nicht gelungen, diese Umsturzbestrebungen aus der Welt zu
schaffen. Nicht nur das ist nicht gelungen, sondern sie wirken noch
weiter, und die letzten Reichstagswahlen haben das noch bis auf
einen gewissen Grad bewiesen. Aber man darf hierbei doch nicht
außer Acht lassen die sehr große Präventivwirkung dieses Gesetzes. Ich
meine, wenn wir auch nur erreicht haben — und das ist erreicht —,
daß diesem schleichenden Uebel in unserem nationalen Körper Ein-
halt gethan ist, dann ist Großes erreicht, und daß das unzweifel-
haft der Fall ist, darüber wird sich Niemand irgend einer Täuschung
hingeben. Eins müssen wir ja beklagen: es ist durch alle diese Thatsachen
und durch das Studiren aller dieser Dinge ja leider bewiesen, daß noch
in diesem Augenblicke eine sehr große Anzahl, vielleicht der größere
Theil der städtischen deutschen Arbeiterbevölkerung in den
wüsten Banden dieser Agitation liegt. Meine Herren, die verbün-
deten Regierungen können das nicht gewähren, daß sie in Aussicht
stellen die Erfüllung aller der utopischen Träume, welche sich
in den Köpfen eines großen Theiles dieser unserer Mitbürger
festgesetzt hat. Aber meine Herren, was sie ihnen gewähren
können, das ist doch zunächst eine volle Antheilnahme an
unserem deutschen Kulturleben auf christlich-humaner
Grundlage; was sie gewähren können, das ist der Antheil
am Vaterlande, für das zu leben und zu sterben uns
Allen doch ein Stolz und ein Glück sein muß, und was sie
ihnen endlich gewähren können, das ist die Darreichung
der helfenden und rettenden Hand durch Gesetzgebung und
Verwaltung, um wenigstens einen Theil der von uns an-
erkannten Uebel zu mildern, welche unseren arbeitenden
Mitbürgern durch die jetzige kapitalistische Produktions-
weise allerdings erwachsen.

Meine Herren, alles dies erfüllt mich mit der freudigen
Hoffnung, an der die verbündeten Regierungen festhalten
und von der sie bis zum letzten Augenblicke nicht lassen
werden, daß doch einmal die Zeit kommen werde, wo wir
unsere Arbeitermitbürger wirklich wieder als Brüder an
unserer Seite sehen und wo wir erkennen werden, daß sie
aus den Banden der wüsten Agitatoren, die nur zu ihrem
Verderben wirken, sich frei gemacht haben.

Wenn dieser Zeitpunkt gekommen sein wird, aber
nicht eher, dann werden die verbündeten Regierungen
freudig und gern die Waffe aus der Hand legen, die die
entschiedene Billigung und Zustimmung der Vertretung
der deutschen Nation ihnen in die Hand gelegt hat, und
sie werden nur die eine Genugthuung erbitten, daß an-
erkannt wird, daß diese Waffe nur loyal und in dem
Geiste gehandhabt worden ist, in welchem sie der Regie-
rung anvertraut worden ist.